

## **Presseerklärung des Vorstandes des *aufstehen*-Trägervereins Sammlungsbewegung e.V.**

Liebe Aufsteherinnen, liebe Aufsteher,

ein verrücktes Jahr geht zu Ende, wie Sahra Wagenknecht trefflich bemerkte. In der Ukraine setzte sich der blutige Krieg fort. Dort wird längst nicht mehr gesiegt, sondern nur noch auf beiden Seiten gestorben. Hunderttausende sind in den Schützengräben verheizt worden, sinnlos in den Tod getrieben worden. Und die Politik dieser Ampelregierung befeuert den Krieg, statt auf Diplomatie zu setzen und einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern, der zu Verhandlungen führt.

Vielleicht will die Politik der herrschenden Eliten dieses Landes überhaupt gar nicht das Ende des Mordens, denn wie vor wenigen Tagen der CDU Kriegshetzer Kieswetter zum Besten gab, braucht Deutschland für die Zukunft des Elektroautos das Lithium, das sich in großen Mengen – die größten Europas – im russisch kontrollierten Donbas befinden. Also ein geopolitischer Krieg, um die Kontrolle über Rohstoffe.

Im Gaza-Streifen tobt der andere Krieg, der bereits mehr als 20.000 Zivilisten – vornehmlich Frauen und Kinder – das Leben kostete. Kein Selbstverteidigungsrecht Israels rechtfertigt so ein Gemetzel, soviel Zerstörung und Leid. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit bereitet Israel die Vertreibung der Bevölkerung des Gaza-Streifens vor. Und auch hier zeigt sich die Verlogenheit und Einseitigkeit der Ampelkoalition. Diese Regierung findet kein klares Wort der Verurteilung der massenhaften Tötung von Zivilisten. Sie lässt Israel und ihre Rechtsregierung gewähren. Hier entpuppt sich der Kern der wertegeliteten Außenpolitik. Wenn es um die Interessen des Westens geht, dann ist alles erlaubt.

In Deutschland selbst haben wir es mit einer Schockstarre der Wirtschaft zu tun, die auf die Sanktionspolitik und den Wirtschaftskrieg gegen Russland zurückzuführen ist. Der Wirtschaftskrieg ruiniert unsere eigene Wirtschaft. Betriebe wandern dorthin ab, wo die Energiepreise niedriger sind und somit auch die Profite höher sind.

Die Ampelregierung hat den Menschen in Deutschland nichts zu bieten. Das von ihr produzierte Haushaltschaos – durch Milliarden von Euro, die in die Ukraine abfließen – wird uns teuer zu stehen kommen. Der Kahlschlag des Sozialstaates auf allen Ebenen hat begonnen. Geld für

Waffen und Krieg wird bereitgestellt, während unser Gesundheitssystem ruiniert wird, für auf Transferleistungen angewiesene Rentner kein Geld mehr da ist und die Zahl von Armut betroffener Kinder ist dieses Jahr auch gewachsen.

Das alles zeugt davon, dass diese Ampelregierung versagt hat und wegmuss. Neuwahlen müssen stattfinden. Gegen die Politik der Ampelregierung muss der Protest in diesem Land ansteigen. Die Bauern haben einen Anfang gemacht, sie zu unterstützen ist von größter Bedeutung.

Im Rückblick kann man auch sagen, dass sich für die Organisierung von Protest und Widerstand in diesem Land wichtige Dinge ereignet haben.

Es hat zwei Großdemonstrationen gegen den mörderischen Krieg gegeben. Am 25. Februar 2023 und am 25. November 2023 jeweils in Berlin. Sie haben die Wut der herrschenden Eliten und ihrer Medien entfacht, denn damit ist ihr Herrschaftsnarrativ durchbrochen worden. Menschen, die gegen den Krieg sind, haben erfahren, dass sie nicht alleinstehen, sondern dass wir viele sind. Obwohl in den Medien nach wie vor die Kriegspropaganda vorherrscht, können sie nicht mehr verbergen, dass die Mehrheit der Bevölkerung ein Ende dieses Krieges wünscht.

Bei beiden großen Demonstrationen und bei vielen anderen Aktionen war **aufstehen** aktiv und sichtbar dabei. **aufstehen** kann auf das zurückliegende Jahr mit Optimismus blicken. **aufstehen** ist stärker und präsenter geworden. Die Zahl der Aktivitäten hat zugenommen und neue Gruppen haben sich gebildet oder andere sich wieder aktiviert.

Ein weiteres einschneidendes Ereignis des hinter uns liegenden Jahres war die Entscheidung von Sahra Wagenknecht und neun weiteren Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine neue Partei zu gründen, die sich um die Interessen der Millionen Menschen kümmern will, die von der Politik nicht mehr angesprochen werden. Diese Partei wird im Januar 2024 gegründet werden und wird ebenfalls im Januar 2024 ihren ersten Parteitag abhalten. Schon jetzt ist klar, dass die Stoßrichtung dieser Partei für eine antimonopolistische Demokratie in diesem Land sein wird.

Wie der aufstehen-Basisrat in einer demokratisch mehrheitlichen Entscheidung es zum Ausdruck brachte, begrüßen wir diese Entscheidung und begleiten wir sie mit viel Sympathie. **aufstehen** wird es

auch in Zukunft als außerparlamentarische Bewegung geben, denn unsere Sammlungsbewegung wird gebraucht. Auch deshalb müssen wir stärker werden. Wir können aber nicht verbergen, dass wir uns darüber freuen, dass mit dem Entstehen des Bündnisses Sahra Wagenknecht eine politische Kraft entstanden ist, die für gleiche und ähnliche Ziele eintritt für die auch **aufstehen** kämpft. Mit unserem außerparlamentarischen Kampf können wir dazu beitragen, diesen politischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen.

In diesem Sinne gehen wir mit viel Optimismus in das Jahr 2024 hinein. Vor uns stehen wichtige Auseinandersetzungen um den Haushalt, denn es geht darum, dem von der Ampelregierung geplanten Sozialkahltschlag entgegenzutreten und zu verhindern. Es ist auch völlig klar, dass im Jahr 2024 die Fragen der finanziellen Unterstützung für den Krieg in der Ukraine einen zentralen Stellenwert einnehmen werden. Dies zeigt, dass es im Krieg keinen Sozialstaat gibt. Wer den Sozialstaat erhalten will, der muss gegen den Krieg und dem daraus folgenden sozialen Krieg eintreten. Deshalb fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand ein. Das Gleiche gilt für den Krieg im Gaza-Streifen.

In diesem Sinne wünscht Euch der Vorstand des **aufstehen**-Trägervereins ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2024.



V.i.S.d.P. Vorstand des **aufstehen**-Trägervereins Sammlungsbewegung e.V.

Berlin, den 23. Dezember 2023